

Ergebnisorientierte Dokumentation der Video-Konferenz „Eine BNE-Agentur für Schleswig-Holstein“ am 13.8.2020.

Dieser Ergebnissicherung sind die Liste der Teilnehmer*innen und der Vortrag von Heike Hackmann beigelegt.

Grundlegende Verständigung:

Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer BNE-Agentur wird von keiner Teilnehmer*in infrage gestellt. Vom schleswig-holsteinischen Umweltministerium sind für das Jahr 2021 Haushaltsmittel für die personelle Ausstattung und Sachmittel im Haushalt eingeplant.

Auch in Bezug auf die Aufgabenstellung und die Arbeitsweise einer zukünftigen Agentur gibt es eine grundsätzliche Verständigung. Sie soll gemeinsam mit allen Bildungsakteur*innen für alle Bildungsbereiche Vernetzung, Beratung und Qualifizierung konzipieren und realisieren, den Qualitätsentwicklungsprozess weiter voranbringen sowie mit einer engagierten Öffentlichkeitsarbeit dieses Bildungskonzept und seine Angebote transparent gestalten und in der Breite bekanntmachen und verankern. In diesem Rahmen soll sie auch seismographisch aktuelle Themen und Teilnehmer*inneninteressen aufnehmen, die dann in mögliche Bildungsprojekte unterschiedlicher Träger*innen münden. Dabei sollen auch die Ziele, Diskussionen und Erfahrungen mit dem Aufbau ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern in die Strategieentwicklung einfließen.

Die Agentur soll unter Beteiligung aller Landesministerien und der Staatskanzlei aufgebaut und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Eigenverantwortlichkeit, Unabhängigkeit und weitgehende Eigenständigkeit gelten als zentrale Strukturelemente; gegenseitige Wertschätzung, Teamgeist und flache Hierarchien sollen die konkrete Arbeit prägen. Dabei soll auch auf die Partizipation insbesondere von jungen Menschen Wert gelegt werden.

Trägerstruktur:

Es gibt unterschiedliche Auffassungen, in welcher Trägerstruktur diese Grundlagen und Ziele am besten gesichert und umgesetzt werden können. Dabei stehen sich zwei Strukturmodelle gegenüber: Einerseits eine BNE-Agentur als eigenständige Institution mit gemeinnützigem Charakter (wie z.B. in Brandenburg realisiert), andererseits die Implementierung einer BNE-Agentur in das Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) (ähnlich wie in NRW umgesetzt).

Bedenken gegenüber einer eigenständigen Institution beziehen sich im Wesentlichen auf fehlende politische Unterstützung und Zweifel an der Finanzierbarkeit. Die Befürworter*innen sehen in ihrem Strukturvorschlag die besten Voraussetzungen für eine auf Dauer angelegte, von politischen Konjunkturen unabhängige Arbeit, die die BNE-Akteure aktiv einbezieht, Teilnehmer*inneninteressen aus allen Bildungsbereichen berücksichtigt und einem hohen Qualitätsanspruch gerecht wird. Diese Arbeit dürfe nicht von staatlichen Strukturen und staatlichen Finanzmitteln abhängig sein. Die langfristige Finanzierung könnte

aus unterschiedlichen Quellen gesichert werden, ein finanzielles Engagement des Landes müsse es aber geben.

Bedenken gegenüber dem BNUR-Konzept beziehen sich im Wesentlichen auf die mögliche Gefahr einer politischen Instrumentalisierung, fehlende Eigenständigkeit und ein eingeschränktes thematisches und personelles Spektrum. Die Befürworter*innen dieses Konzepts weisen hin auf die hervorragende inhaltliche Arbeit des Bildungszentrums, die gute Vernetzung mit vielen NGO-Akteur*innen und die gelingende Erreichbarkeit von zentralen BNE-Zielgruppen. Diese konkrete Bildungsarbeit sei unabhängig von politischen Entscheidungen. Sie verweisen auf die vielfältigen Kooperationen und die Mitwirkung von NGO-Vertreter*innen bei den Entscheidungen über Themen und Formate. Das habe in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Bedeutung von BNE und einer thematischen Ausweitung geführt. Die geforderte Einbeziehung weiterer Ministerien sei geplant und beispielsweise im Zusammenhang mit der Schüler*innenkonferenz in diesem Jahr auch schon intensiviert worden. Für die BNE-Agentur müsste ein eigener Arbeitsbereich, ggf. auch unter Einbeziehung von Kreisfachberater*innen, mit eigenen Entscheidungsstrukturen aufgebaut werden.

Im Ergebnis hat die Diskussion die unterschiedlichen Vorstellungen noch mal transparent gemacht und das Verständnis für den „jeweils anderen Vorschlag“ erhöht.

Die Konferenzteilnehmer*innen gehen davon aus, dass über die Struktur politisch entschieden werden muss. Sie sind sich einig, dass Bildung für Nachhaltige Entwicklung als Bildungskonzept und als Leitbild zunehmend bedeutsamer wird. Dem muss die Landespolitik insgesamt Rechnung tragen; mit einem umfassenden und konsistenten Bildungsverständnis, das in alle Bereiche hineinreicht und insbesondere auch in den bestehenden und zukünftigen Landestrategien (Nachhaltigkeitsstrategie, Landesentwicklungsplanung, Landwirtschaftsstrategie u.a.) zum Ausdruck kommt. Dafür ist eine kontinuierliche Kommunikation zwischen der BNE-Community und der Politik im Lande und auf Bundesebene von großer Bedeutung. Auch hier hat die Agentur eine zentrale Rolle.

BNE-Strategie: Der aktuelle Zeitplan:

Die weiteren Planungen der Landesverwaltung sehen so aus:

Die Texte zu den einzelnen Handlungsfeldern sind derzeit in der Schlussabstimmung. Die erste Kabinettsbefassung soll in diesem Herbst erfolgen. Danach gibt es eine weitere schriftliche Anhörung bis Ende 2020. Im Frühjahr 2021 soll es die abschließende Befassung im Kabinett geben, bevor die BNE-Strategie dann dem Landtag zur endgültigen Entscheidung vorgelegt wird.

Protokoll: Heino Schomaker